

Stiefkind Nachhaltigkeit

Europawahlen: Wo bleibt die Stimme der Solidar- und Sozialwirtschaft?

Von Romain Biever*

Im Weißbuch der Europäischen Union von 1993 „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ steht im Kapitel 10 „Gedanken zu einem neuen Entwicklungsmodell“, folgendes: Wir haben heute in unserer Gemeinschaft ein Entwicklungsmodell das Arbeit und Natur, zwei unserer Hauptressourcen, suboptimal kombiniert. Das Modell ist gekennzeichnet durch eine ungenügende Nutzung der Arbeitsressourcen und eine übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen und führt zu einer Verschlechterung der Lebensqualität. Diese Sichtweise ergänzte die Kommission zwei Jahre später, indem sie eine Mitteilung betreffend „eine Europäische Strategie zur Förderung lokaler Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen“ veröffentlichte. Der eigentliche neuzzeitliche politische Startschuss für die Bewegung der Solidar- und Sozialwirtschaft (SSW).

Die Bürger Europas werden jetzt wieder zu den Urnen gerufen, um sich an der Gestaltung europäischer Politik zu beteiligen. Die Themen der staatstragenden und gemäßigten Parteien der Mitte, zu deren Programmen sie sich äußern sollen, sind bekannt. Ein sozialeres Europa ist wohl das am meisten benutzte „Versprechen“. Makroökonomismus mit bürokratischen Verordnungen, aufbauend auf einer neoliberalen Politik, ein gefühltes Europa also, als direktes, überdimensionales Ganzes, hat sich nicht als der Hebel erwiesen, den man gebrauchen kann, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Wenn also diese Makropolitik nicht zu greifen scheint, sollte man wenigstens versuchen sich der Denkweisen der neunziger Jahre zurückzubehalten und vernachlässigte, aber vielversprechende Konzepte, wie die Lokalentwicklung, wieder auf die Tagesordnung setzen.

Viel war seinerzeit die Rede von Subsidiarität. Für Projekte oder Problemstellungen sollten dort Entscheidungen getroffen werden, wo sie übersichtlich behandelt, und verständlich mit den Bürgern diskutiert werden konnten. Und dies bestmöglich auf einer unteren politischen Verwaltungsebene, wie zum Beispiel den Kommunen. Auch die nachhaltige Entwicklung wurde nach dem Weißbuch von 1993 zum Schlagwort für eine neue Politik und dieses Wort hallt bis heute in den politischen Diskursen nach. Nur, nachhaltig blieb eine Politik der Globalisierung, die die Umweltschäden vorantrieb, Kriege legitimierte, die Finanzmärkte unseren Alltag gestalten ließ oder den Graben zwischen Arm und Reich vergrößerte. Eine Politik also, die genau das Gegenteil produzierte von dem, was sie uns mit dem Begriff Nachhaltigkeit versprochen hatte. Die Menschen für eine Politik zu gewinnen, welche ihren Interessen zuwiderläuft, ist halt schwer und über die daraus resultierende



Die Menschen für eine Politik zu gewinnen, welche ihren Interessen zuwiderläuft, ist schwer und über die daraus resultierende „Politikverdrossenheit“ braucht man sich weiter nicht zu wundern.

Foto: AFP

„Politikverdrossenheit“ braucht man sich weiter nicht zu wundern. Das ist Politik an den Menschen vorbei. Ist unsere Demokratie also in Gefahr?

Im Interview¹, von Diego Velasquez mit dem US-Ökonomen Dani Rodrick, wird dessen These behandelt, die besagt, dass es unmöglich ist, Globalisierung, den Nationalstaat und die Demokratie gleichzeitig zu verwirklichen. Das hindert Rodrick aber nicht daran zu sagen, dass wenn man zwar die Demokratie als höchstes Gut betrachtet, dem Nationalstaat dennoch eine imminente wichtige Rolle im heutigen Europa zukommen lassen soll. Und dies aus der einfachen Überlegung heraus, um den Menschen es zu ermöglichen, sich an Ent-

Ein sozialeres Europa ist wohl das am meisten benutzte „Versprechen“.

scheidungen zu beteiligen, die sie selbst betreffen. Hier wird nicht der Nationalismus favorisiert, sondern diese Überlegung beruht auf der Tatsache, dass im Konzept einer demokratischen Globalisierung, wichtige Teile der globalisierten Bevölkerung aus nahezu allen gestalterischen und selbsterhaltenden Prozessen

ausgeschlossen sind. „Die Herausforderung der Zukunft ist, sicherzustellen, dass jeder einen zufriedenstellenden und guten Job hat, der stabil ist und, den Bedürfnissen und Kompetenzen der lokalen Gemeinschaft angepasst ist“. Ähnlich sieht es der Journalist David Goodhart² der das große Problem der (Nicht-)Teilhabe in unserer Gesellschaft dort ortet wo sich ein Graben, auftut zwischen denen, wie er sie nennt: „Metropolitan und der Landbevölkerung“.

Da es nur noch eine ökonomisch argumentierte Mainstream-Politik gibt, fände jetzt keine politische Auseinandersetzung in der Gesellschaft mehr statt, sondern eher eine solche zwischen, auf der einen Seite, gebildeten, mobilen Menschen die überall auf der Welt zu Hause sind und autonom und flexibel leben und denken. Und solchen, weniger gebildeten, die eine bestimmte Bodenständigkeit als ihr Habitat anführen und so eher die Gruppe und die Sicherheit bevorzugen.

Beide Theorien haben gemeinsam, dass sie uns Erklärungen liefern zu dem heute grassierenden Rechtspopulismus, dem neuen Nationalismus und dem Hegemoniestreben der wichtigen und machtvollen Akteure. Sie zeigen aber auch wie wichtig der Ansatz von der EU von 1993 war, auf lokale Initiativen zu bauen. Kleinstmögliche Unitäten fördern, als Schlüssel zur Überwindung von sozialer Ungerechtigkeit, Immigrationsproblemen

oder zum Umweltschutz. Lokal wirtschaften und arbeiten als Gegenpol zur globalisierten Unternehmenspolitik. Wären diese Positionen nicht auch die imminente wichtigsten im Jahre 2019. Warum werden diese Bereiche heute, wenn überhaupt, so wenig thematisiert? Wo sind die Protagonisten der SSW welche sie

lautstark in den Vordergrund stellen müssten? Wenn sie dieses Feld den Politikern überlassen, dann werden sie vom Big Business vereinnahmt und mutieren zu Akteuren des „social entrepreneurship“. Dann sind sie gefangen im Konkurrenzdenken und werden, ob sie es wollen oder nicht, apolitisch und Teil des globalen Wettbewerbs.

Lokal und sinnvoll wirtschaften im Zeitalter der beginnenden industriellen Revolution war schon in Großbritannien im Jahre 1844 eine Option. Es war die Geburtsstunde der (Produktions-)Kooperativen. Im gleichen Zeitraum entstanden in Frankreich die „associations de production“ und in Deutschland die „Raiffeisenbewegung“.

Alles konkrete, von initiativfreudigen, verantwortungsvollen aber auch verarmenden Bürgern getragene Gegenbewegungen zu einer sich anbahnenden Diktatur der Laissez-Faire-Ökonomie. Es erforderte politischen Mut, diesen Mutualitätsgedanken zu verteidigen und nicht wenige Urheber und Mitglieder wurden Opfer von politischer Verfolgung. Durch die zwei Weltkriege verschwand diese Art des Wirtschaftens fast vollständig von der Bildfläche und wurde teilweise durch den Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen, ersetzt. Daraus entstand aber nicht unbedingt ein gerechteres Gesellschaftsmodell, sondern, inhärent angelegt in diesem Konzept ist die neue Abhängigkeit der sozial Schwachen.

Es ist einigen Denkern und Aktivisten zu verdanken, dass Menschen in Not wieder zu Lösungen fanden, welche auf den oben genannten Prinzipien beruhten und in den sechziger Jahren, auf der Basis des „Self-help“ eine neue, emanzipatorische Lebensperspektive entwickelten konnten. Es waren die Vorreiter der modernen Solidarwirtschaft.

Der österreichische Philosoph Leopold Kohr, dessen bekanntester Satz wohl „Small is beautiful“ ist, ging davon aus, dass das zentrale Problem der menschlichen Existenz, im sozialen und physischen Sinn, die „Größe“ ist. Er plädierte im politischen Sinn für eine erstrebenswerte Eigenverantwortung und Selbstorganisation in einem überschaubaren Gemeinwesen. Oder Karl Polanyi. Die von Polanyi aufgestellte Theorie besagt, dass nicht die Ökonomie oder der Markt uns vorgibt wie wir das soziale Zusammenleben zu organisieren haben, sondern dass dies radikal anders gedacht werden muss und dass sich Marktprozesse wieder in das bestehende Sozialgefüge einbetten müssen.

Das erklärt den oft gebrauchten Satz von Akteuren der SSW, dass der Mensch wieder im Mittelpunkt des ökonomischen Handelns stehen muss. Wichtig für diesen gesellschaftspolitischen Entwurf waren auch die Arbeiten von André Gorz. Seine Wachstumskritik, seine These, dass Recht auf Arbeit untrennbar mit dem Bürgerrecht verknüpft ist und vor allem sein Beitrag zur politischen Ökologie, machen aus ihm einen direkten Wegbereiter für die SSW. Unter anderen sind diese Ansätze fundamental, wenn man den Auftrag der SSW verstehen will. Fundamental, natürlich auch für eine damals in den achtziger Jahren aufkommende neue politische Kraft, in Form der Partei der Grünen. Man muss aber feststellen dass die „Grünenbewegung“ sich im Laufe der Zeit vielleicht zu sehr auf den makroökologischen- und den Machtsprachaspekt konzentriert hat, um noch wirklich glaubhaft die soziale Komponente vertreten zu können.

Wie alle anderen Volksparteien auch, riskieren die Grünen, die in absehbarer Zeit im selben Mainstream schwimmen werden, durch den unsäglichen Diskurs, dass wir nur als ein Big Player (ökologisch wie ökonomisch) in der Welt bestehen können, die Menschen zu verlieren.

Nichtsdestotrotz bleibt der Dreiklang der Nachhaltigkeitsstrategie³ wichtig, vielleicht sollte er aber in einer neuen Reihenfolge zitiert werden: Soziales, Ökologie und Wirtschaft. Makropolitik muss mit Mikroprojekten organisch verbunden bleiben. Die lokale Dimension bleibt enorm wichtig und die SSW muss sie wieder in den Mittelpunkt stellen. Die Bürger die zur Europawahl gehen, müssen spüren, dass sie lokal etwas bewegen, wenn sie Europa wählen.

* Der Autor ist Präsident von ILES (Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire).

1) (Kom(95) 0273-C4-0289/95)
2) (Luxemburger Wort vom 7. April 2019)
3) „The populist revolt and the future of politics.“
4) Das Drei-Säulen-Modell der nachhaltigen Entwicklung geht von der Vorstellung aus, dass nachhaltige Entwicklung nur durch das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von umweltbezogenen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen erreicht werden kann.

Stiefkind Nachhaltigkeit

Europawahlen, wo bleibt die Stimme der Solidar- und Sozialwirtschaft (SSW)?

Im Weißbuch der Europäischen Union von 1993 « Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung » steht im Kapitel 10 « Gedanken zu einem neuen Entwicklungsmodell », folgendes: *Wir haben heute in unserer Gemeinschaft ein Entwicklungsmodell das Arbeit und Natur, zwei unserer Hauptressourcen, suboptimal kombiniert. Das Modell ist gekennzeichnet durch eine ungenügende Nutzung der Arbeitsressourcen und eine übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen und führt zu einer Verschlechterung der Lebensqualität.* Diese Sichtweise ergänzte die Kommission 2 Jahre später indem sie eine Mitteilung betreffend « eine Europäische Strategie zur Förderung lokaler Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen (Kom(95) 0273-C4-0289/95) », veröffentlichte. Der eigentliche neuzeitliche politische Startschuss für die Bewegung der SSW.

Die Bürger Europas werden jetzt wieder zu den Urnen gerufen um sich an der Gestaltung europäischer Politik zu beteiligen. Die Themen der Staatstragenden und gemäßigten Parteien der Mitte, zu deren Programmen sie sich äussern sollen, sind bekannt. Ein sozialeres Europa ist wohl das am meisten benutzte « Versprechen ». Makroaktionismus mit bürokratischen Verordnungen, aufbauend auf einer neoliberalen Politik, ein gefühltes Europa also, als direktives, überdimensionales Ganzes, hat sich nicht als der Hebel erwiesen, den man gebrauchen kann um soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Wenn also diese Makropolitik nicht zu greifen scheint, sollte man wenigstens versuchen sich der Denkweisen der neunziger Jahre zurückzubedenken und vernachlässigte, aber vielversprechende Konzepte, wie die Lokalentwicklung, wieder auf die Tagesordnung setzen.

Viel war seinerzeit die Rede von Subsidiarität. Für Projekte oder Problemstellungen sollten dort Entscheidungen getroffen werden wo sie übersichtlich behandelt, und verständlich mit den Bürgern diskutiert werden konnten. Und dies bestmöglich auf einer unteren politischen Verwaltungsebene, wie zum Beispiel den Kommunen. Auch die nachhaltige Entwicklung wurde nach dem Weißbuch von 1993 zum Schlagwort für eine neue Politik und dieses Wort hallt bis heute in den politischen Diskursen nach. Nur, nachhaltig blieb eine Politik der Globalisierung, die die Umweltschäden vorantrieb, Kriege legitimierte, die Finanzmärkte unseren Alltag gestalten ließ oder den Graben zwischen Arm und Reich vergrößerte. Eine Politik also die genau das Gegenteil produzierte von dem was sie uns mit dem Begriff Nachhaltigkeit versprochen hatte. Die Menschen für eine Politik zu gewinnen, welche ihren Interessen zuwiderläuft ist halt schwer und über die daraus resultierende « Politikverdrossenheit » braucht man sich weiter nicht zu wundern. Das ist Politik an den Menschen vorbei. Ist unsere Demokratie also in Gefahr?

Im Interview (L.W. 07.04.2019), von Diego Velasquez mit dem US-Ökonomen Dani Rodrick, wird dessen These behandelt die besagt, daß es unmöglich ist Globalisierung, den Nationalstaat und die Demokratie gleichzeitig zu verwirklichen. Das hindert Rodrick aber nicht daran zu sagen dass wenn man die Demokratie als höchstes Gut betrachtet, dem Nationalstaat dennoch eine imminently wichtige Rolle im heutigen Europa zukommen lassen soll. Und dies aus der einfachen Überlegung heraus um den Menschen es zu ermöglichen sich an Entscheidungen zu beteiligen die sie selbst betreffen. Hier wird nicht der Nationalismus favorisiert, sondern diese Überlegung beruht auf der Tatsache, daß im Konzept einer demokratischen Globalisierung, wichtige Teile der globalisierten Bevölkerung aus nahezu allen gestalterischen und selbsterhaltenden Prozessen ausgeschlossen sind. « Die Herausforderung der Zukunft ist, sicherzustellen, daß jeder einen zufriedenstellenden und guten Job hat, der stabil ist und den Bedürfnissen und Kompetenzen der lokalen Gemeinschaft angepasst ist ». Ähnlich sieht es der Journalist David Goodhart (The populist revolt and the future of politics) der das grosse Problem der (Nicht)-Teilhabe in unserer Gesellschaft dort ortet wo sich ein Graben, auftut zwischen denen, wie er sie nennt: « Metropolitane und der Landbevölkerung ».

Da es nur noch eine ökonomisch argumentierte Mainstream-Politik gibt fände jetzt keine politische Auseinandersetzung in der Gesellschaft mehr statt, sondern eher eine solche zwischen, auf der einen Seite, gebildeten, mobilen Menschen die überall auf der Welt zu Hause sind und autonom und flexibel leben und denken. Und solchen, weniger gebildeten, die eine bestimmte Bodenständigkeit als ihr Habitat anführen und so eher die Gruppe und die Sicherheit bevorzugen.

Beide Theorien haben gemeinsam daß sie uns Erklärungen liefern zu dem heute grassierenden Rechtspopulismus, dem neuen Nationalismus und dem Hegemoniestreben der wichtigen und machtvollen Akteure. Sie zeigen aber auch wie wichtig der Ansatz von der EU von 1993 war auf lokale Initiativen zu bauen. Kleinstmögliche Unitäten fördern, als Schlüssel zur Überwindung von sozialer Ungerechtigkeit, Immigrationsproblemen oder zum Umweltschutz. Lokal wirtschaften und arbeiten als Gegenpol zur globalisierten Unternehmenspolitik. Wären diese Positionen nicht auch die imminent wichtigsten im Jahre 2019. Warum werden diese Bereiche heute, wenn überhaupt, so wenig thematisiert? Wo sind die Protagonisten der SSW welche sie lautstark in den Vordergrund stellen müssten? Wenn sie dieses Feld den Politikern überlassen, dann werden sie vom Big Business vereinnahmt und mutieren zu Akteuren des « social entrepreneurship ». Dann sind sie gefangen im Konkurrenzdenken und werden, ob sie es wollen oder nicht, apolitisch und Teil des globalen Wettbewerbs.

Lokal und sinnvoll Wirtschaften im Zeitalter der beginnenden industriellen Revolution war schon in Großbritannien im Jahre 1844 eine Option. Es war die Geburtsstunde der (Produktions)-Kooperativen. Im gleichen Zeitraum entstanden in Frankreich die « associations de production » und in Deutschland die « Raiffeisenbewegung ». Alles konkrete, von initiativfreudigen, verantwortungsvollen aber auch verarmenden Bürgern getragene Gegenbewegungen zu einer sich anbahnenden Diktatur der Laissez-Faire-Ökonomie. Es erforderte politischen Mut diesen Mutualitätsgedanken zu verteidigen und nicht wenige Urheber und Mitglieder wurden Opfer von politischer Verfolgung. Durch die zwei Weltkriege verschwand diese Art des Wirtschaftens fast vollständig von der Bildfläche und wurde teilweise durch den Sozialstaat wie wir ihn heute kennen ersetzt. Daraus entstand aber nicht unbedingt ein gerechteres Gesellschaftsmodell, sondern, inherent angelegt in diesem Konzept ist die neue Abhängigkeit der sozial Schwachen. Es ist einigen Denkern und Aktivisten zu verdanken dass Menschen in Not wieder zu Lösungen fanden welche auf den oben genannten Prinzipien beruhten und in den sechziger Jahren, auf der Basis des « Self-help » eine neue, emanzipatorische Lebensperspektive entwickelten konnten. Es waren die Vorreiter der modernen Solidarwirtschaft.

Der österreichische Philosoph Leopold Kohr, dessen bekanntester Satz wohl « Small is beautiful » ist, ging davon aus daß das zentrale Problem der menschlichen Existenz, im sozialen und physischen Sinn, die « Größe » ist. Er plaidierte, im politischen Sinn für eine erstrebenswerte Eigenverantwortung und Selbstorganisation in einem überschaubaren Gemeinwesen. Oder Karl Polanyi. Die von Polanyi aufgestellte Theorie besagt daß nicht die Ökonomie oder der Markt uns vorgibt wie wir das soziale Zusammenleben zu organisieren haben, sondern daß dies radikal anders gedacht werden muß und daß sich Marktprozesse wieder in das bestehende Sozialgefüge einbetten müssen. Das erklärt den oft gebrauchten Satz von Akteuren der SSW, daß der Mensch wieder im Mittelpunkt des ökonomischen Handelns stehen muß. Wichtig für diesen gesellschaftspolitischen Entwurf waren auch die Arbeiten von André Gorz. Seine Wachstumskritik, seine These, daß Recht auf Arbeit untrennbar mit dem Bürgerecht verknüpft ist und vor allem sein Beitrag zur politischen Ökologie, machen aus ihm einen direkten Wegbereiter für die SSW. Unter anderen sind diese Ansätze fundamental, wenn man den Auftrag der SSW verstehen will. Fundamental, natürlich auch für eine damals in den achziger Jahren aufkommende neue politische Kraft, in Form der Partei der Grünen. Man muß aber feststellen daß die « Grünenbewegung » sich im Laufe der Zeit vielleicht zu sehr auf den Makroökologischen- und den Machtanspruchsaspekt konzentriert hat um noch wirklich glaubhaft die soziale Komponente vertreten zu können.

Wie alle anderen Volksparteien auch, riskieren die Grünen, die in absehbarer Zeit im selben Mainstream schwimmen werden, durch den unsäglichen Diskurs, daß wir nur als ein Big Player (ökologisch wie ökonomisch) in der Welt bestehen können, die Menschen zu verlieren. Nichtsdesto trotz bleibt der Dreiklang der Nachhaltigkeitsstrategie wichtig, vielleicht sollte er aber in einer neuen Reihenfolge zitiert werden: Soziales, Ökologie und Wirtschaft. Makropolitik muß mit Mikroprojekten organisch verbunden bleiben. Die lokale Dimension bleibt enorm wichtig und die SSW muß sie wieder in den Mittelpunkt stellen. Die Bürger die zur Europawahl gehen müssen spüren dass sie Lokal etwas bewegen wenn sie Europa wählen.

Romain Biever
Präsident von ILES
(Institut Luxembourgeois de l'Economie Solidaire)

Leserbrief.

Die lokalen CIGL (Centres d'initiative et de gestion local).

Zu Zeiten als die CIGL's noch im Verbund mit dem OPE-Netzwerk (Objectif Plein Emploi) agierten, war es den lokal Verantwortlichen nicht so leicht möglich, Dienste der solidarwirtschaftlich organisierten lokalen Vereinigungen in Anspruch zu nehmen. Damals war das « Centre de Ressources », also die Zentrale des OPE-Netzwerkes, dafür zuständig dass lokalpolitisch motivierte Einflußnahmen nicht stattfinden sollten. Das Mutterhaus war dem Staatssekretariat für Solidarwirtschaft und dem Ministerium für Arbeit und Beschäftigung Rechenschaft schuldig, ebenso für den ordnungsgemässen Ablauf der Projekte, wie auch für den Gebrauch der Gelder. Das Basisdemokratisch aufgebaute Netzwerk bestand aus dem « Centre de Ressource » und aus den über 30 CIGL's aus 65 Gemeinden und hatte sich eigenständig einen Kontrollmechanismus auferlegt welcher eventuellen Missbräuchen vorbeugen sollte. Diese Selbstkontrolle wurde eingerichtet damit eine Gewaltentrennung auf CIGL-Ebene stattfinden konnte. Die « agents de développement local », (heute heißen sie Direktoren) waren beim Centre de Ressource angestellt und sie leiteten als Hauptverantwortliche die Geschicke des CIGL. Dies in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Verwaltungsrat welcher für die generelle Ausrichtung und die Projekte zuständig war. Sie waren ihrem Arbeitgeber, dem « Centre de Ressources », Rechenschaft schuldig und hatten den Auftrag eine klare Linie hinsichtlich eines solidarischen Wirtschaftens der CIGL's zu garantieren. Einer direkten Einflussnahme auf ihre Person seitens eines Mitglieds des Verwaltungsrates war so ein Riegel vorgeschoben. Externe Beratung und Begleitung findet heute nicht mehr statt und der lokale CIGL ist heute nur noch dem Arbeits- und Beschäftigungsministerium Rechenschaft schuldig. Die Frage steht also im Raum, inwieweit diese staatliche Instanz ihre Aufsichtspflicht erfüllt oder erfüllen kann.

Die CIGL's sind etwas Wunderbares und Wertvolles. Die Arbeit an der Studie zu diesem Netzwerk begann im Jahre 1995, mit der vollen Unterstützung von John Castegnaro und Nic Eickmann. 1997 startete das erste CIGL-Projekt in Rümelingen. Herr Minister für die Solidarwirtschaft, der Name CIGL steht für « Centre d'initiative et de Gestion Local » und nicht für Beschäftigungsinitiative. Seien sie bitte vornehmer als ihr Amtsvorgänger und geben sie den CIGL's ihre wahre Identität zurück, es wäre ein begrüßenswerter Schritt.

Romain Biever

.

Das « Institut de l'économie solidaire Luxembourgeois » (ILES).

Zur Disziplin, Kontrolle und der Solidarwirtschaft in Luxemburg.

Eingangs sei gesagt, offiziell gibt es sie noch, die Solidarwirtschaft. Dan Kersch ist nicht nur der Minister für Arbeit- und Beschäftigung, sondern auch für die Sozial- und Solidarwirtschaft (SSW). Unter dem Titel « Kersch fordert schärfere Kontrollen » kommentiert das Tageblatt (16.12.2019) das Interview von Dan Kersch als « Invité vum Dag » von Radio 100,7 vom selbigen Tag.

Gesprochen wurde, unter anderem, über schärfere Kontrollen für die sogenannten Beschäftigungsinitiativen. Hierbei wurden ausschliesslich die in Luxemburg lokal aktiven « Centres d'initiative et gestion » ins Visier genommen. Es ging, genauer gesagt um zwei CIG, Syrdall und Differdingen, welche in den letzten Monaten für negative Schlagzeilen gesorgt haben.

Wir möchten in diesem Artikel nicht auf die Umstände eingehen die zu diesen Infragestellungen der Arbeit der beiden CIG's geführt haben, aber wir möchten darauf hinweisen daß der Minister richtigerweise als Arbeits- und Beschäftigungsminister Stellung genommen hat. Und nicht als Minister für die SSW. Folglich bleibt festzustellen, daß die CIG ein Instrument der Arbeitsmarktpolitik geworden sind und somit nicht mehr zur SSW gehören. Wie der Minister betont, sind die CIG Beschäftigungsinitiativen. Dont acte.

Als ILES und als Vorreiter zur Thematisierung der Solidarwirtschaft in Luxemburg möchten wir aber darauf hinweisen daß die Cig, laut Statuten, sich der konkreten Einführung der Solidarwirtschaft in Luxemburg verpflichten. Deshalb hat die Luxemburger Regierung im Jahre 2009 auch erstmals ein spezielles Ministerium für die Solidarwirtschaft eingeführt und somit den Weg freigemacht für eine gewaltige gesellschaftliche Veränderung im sozio-ökonomischen Bereich. Laut Regierungserklärung von 2009 war die Einführung eines dritten Wirtschaftspfeilers vorgesehen. Mit dem dritten Wirtschaftspfeiler war eine nicht profit-orientierte Ökonomie gemeint, komplementär zur Privat- und Staatswirtschaft. Dieser dritte Wirtschaftspfeiler sollte noch in derselben Legislaturperiode Realität werden.

Das Versprechen « Dritter Wirtschaftspfeiler » an die Wähler (siehe das Wahlprogramm der LSAP von 2009 », de roude Fuedem ») wurde nicht eingehalten. Vor dem Ende der Legislaturperiode platzte diese Regierung und diese Ambition wurde auch nicht weiter verfolgt. Bis heute ist die Diskussion und diese Piste, die einen öko(nomisch)-sozialen Paradigmenwechsel in unserer modernen Gesellschaft hätte herbeiführen können, nicht wieder aufgetaucht. Diese Ideen waren getragen worden von Akteuren wie der ASJ, dem OGB-L, dem OPE und den CIGL's. Letztere sind dann im Laufe der Jahre von lokal-solidarischen, innovativen Betrieben der Zukunft zu « Beschäftigungsinitiativen » mutiert (worden?). Soll man so denn nun auch den Standpunkt des neuen Arbeits- und Beschäftigungsministers verstehen, wenn er von den CIG's spricht? Doch, ob er nun hiermit einen real existierenden IST-Zustand der CIG's beschreiben will oder eine, seit ein paar Jahren bestehende Trennlinie zwischen den Sozial- und Solidarwirtschaftlichen Betrieben und den « Arbeitsmarkt-korrekturbetrieben » aufrechterhalten will ist nicht unbedingt eine wichtige Frage. Das Resultat ist nämlich dasselbe. Die CIG's sind zu « Beschäftigungsinitiativen » gemacht worden.

Die Aussage des Ministers in demselben Interview betreffend den Arbeitsbereich der Cig, die als sogenannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme junge und alte arbeitslose Menschen zu arbeitsfähigen und dem « ersten Arbeitsmarkt » zuzuführende Arbeitskräfte formen soll, lässt nicht unbedingt darauf schliessen daß ein Wille existiert den solidarwirtschaftlichen Auftrag den sich die CIG gegeben haben in Betracht zu ziehen und zu prüfen. Und dies ist wirklich schade. Aus zwei Gründen:

Erstens, der vom Minister gebrauchte Ausdruck « erster Arbeitsmarkt » ist ein Anachronismus und wird in der neueren wissenschaftlichen Diskussion vermieden. Die Konnotation zu einer Zweiklassengesellschaft und folglich einer Zweiklassenarbeit, ist zu evident. Diese Sichtweise verbaut zudem eine Öffnung der Projektionen zu moderneren und gerechteren Gesellschaften welche ebenso die soziale, wie auch die ökologische und die wirtschaftliche Dimensionen neu miteinander verbinden könnten.

Zweitens, wenn der Minister als Zuständiger für die Beschäftigung seine Einmischung in die Arbeitsweise der CIG und anderer Initiativen für Arbeit, legitim und für jeden sichtbar ist, so ist die gefühlte Abwesenheit des Ministers in seinem Ministerium für die SSW ebenso ein Faktum. Eine Erklärung hierfür könnte sein, daß der Minister Kersch die Linie seines Vorgängers übernommen hat und in Punkto SSW auf die angelsächsische Karte der « Social Entrepreneurs » setzt. Dieser Handlungsträger hat sich mit Hilfe der Politik der letzten Jahre in der ULESS (Union Luxembourgeoise de l'économie sociale et solidaire) durchsetzen können und gibt dort den Ton an. Dies auch im Namen der solidarwirtschaftlichen Betriebe, welche eigentlich ganz andere Zielsetzungen haben. Als Gegenspieler zur Solidarwirtschaft sind die « Social entrepreneurs », ein Akteur, der Ende des zwanzigsten Jahrhunderts Bedeutung erlangte und welcher dabei ist das traditionell kritische Potential der ursprünglichen Vereinigungen ohne Gewinnzweck zu zerstören. Denn das Modell dieser neuen Gesellschaften postuliert ohne Wenn und Aber, daß es keine Alternative zur Marktwirtschaft gibt. Sondern, daß die sozialen- und ökologischen Ambitionen sich den Anforderungen der Gewinnerzielung und der Konkurrenz unterzuordnen haben um wirkungsvoll zu sein.

So wird auch die finanzielle Unabhängigkeit zum entscheidenden Credo dieser neuen Pseudo-SSW. Diese Sichtweise fördert nämlich den Gedanken daß, in diesem Kontext, in einer kapitalistischen Gesellschaft Unternehmensgelder und deren Fluss als eher reines Gut angesehen werden, während öffentlichen Geldern im Sinne der Transfers ein eher schmutziger und mißbräuchlicher Makel angehaftet wird. So werden auch nicht ins System passende, innovative Betriebe automatisch zu Verdächtigen, genauso wie im Allgemeinen, alle Transferempfänger. In Anbetracht der hier diskutierten Problematik, wäre zu vermeiden daß verschärfte Kontrollen nicht dazu führen dürfen Ambitionen wie Ursprünglichkeit und Selbstbestimmung zu beschneiden.

Es gilt, ein gewaltiges Potential an Demokratieverständnis zu bewahren.

Der Vorstand des ILES.

